

Nachrichten aus Brüssel

Androula Vassiliou: Neue EU-Gesundheitskommissarin

Der neue Staatspräsident von Zypern, Demetris Christofias, hat den bisherigen EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou als Außenminister berufen. Nachfolgerin als EU-Kommissarin soll Androula Vassiliou werden. Die Juristin mit Studium in London arbeitete von 1968 bis 1988 als Rechtsanwältin und gab 1988 nach der Wahl ihres Ehemanns zum Präsidenten der Republik Zypern ihre juristische Tätigkeit auf. Später war sie zwei Wahlperioden (1996 bis 2001 und 2001 bis 2006) Mitglied des Abgeordnetenhauses in Zypern. Von 2001 bis 2006 war sie stellvertretende Vorsitzende der Liberalen Partei in Europa (ELDR). Derzeit ist Androula Vassiliou Vorsitzende des Beirats des Zyprischen Krebszentrums.

MRT bis 2012 erlaubt

Der ursprüngliche EU-Richtlinienvorschlag über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch elektromagnetische Felder hätte nach Ansicht von Medizinern durch die im Vorschlag festgelegten Expositionsgrenzwerte den Einsatz der Magnetresonanztomografie (MRT) deutlich eingeschränkt. Den Abgeordneten des Europäischen Parlaments ist es nun gelungen das Inkrafttreten der Regelung um vier Jahre, das heißt bis 2012 statt 2008, zu verschieben. Es bleibt nun ausreichend Zeit, über Arbeitsschutzmaßnahmen und technische Verbesserungen den Schutz medizinischen Personals sicherzustellen, ohne auf Kernspindiagnostik verzichten zu müssen.

Studie: Psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) in Bilbao hat im Rahmen ihrer Berichtsreihe zu neu

auf tretenden Risiken am Arbeitsplatz zunehmende psychosoziale Belastungen der Arbeitnehmer festgestellt. Hauptfaktoren sind die neuen Formen von Arbeitsverträgen, Arbeitsplatzunsicherheit, Arbeitsintensivierung, Gewalt am Arbeitsplatz, hohe emotionale Anforderungen und unzureichende Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Stress rangiert inzwischen auf dem zweiten Platz der am häufigsten genannten arbeitsbedingten Gesundheitsprobleme. Rund 22 Prozent der Beschäftigten in der EU sind betroffen. Untersuchungen zeigen, dass 50 bis 60 Prozent aller Fehlzeiten auf arbeitsbedingten Stress zurückzuführen sind.

EU: Kritik am deutschen „Mehr- und Fremdbesitzverbot“

Die Europäische Kommission hat die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens im Bezug auf das sogenannte „Mehr- und Fremdbesitzverbot“ im deutschen Apothekenrecht eingeleitet. EU-Wettbewerbskommissar Charlie McCreevy sieht in der deutschen Regelung, nach der ein Apotheker nur bis zu vier Apotheken (davon drei Filialen) führen darf, einen Verstoß gegen das EU-Wettbewerbsrecht. Neben dem sogenannten „Mehrbesitzverbot“ kritisiert die EU auch das „Fremdbesitzverbot“. Apotheken dürfen danach nur durch einen Apotheker, nicht jedoch durch eine juristische Person oder Handelsgesellschaft geführt werden. Damit sind derzeit in Deutschland Apothekenketten – wie in Großbritannien – nicht erlaubt. Ohne Mehr- und Fremdbesitzverbot könnten apothekenpflichtige Arzneimittel zukünftig auch von Drogerieketten mit angestellten Apothekern oder im Versand vertrieben werden. Apotheker sehen bei einer Abschaffung des bisherigen Systems die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln, insbesondere im ländlichen Raum als gefährdet an. Daneben würden die Beratungsleistung und die Sicherstellung der Qualität der Arzneimittel leiden.

Dr. Markus Schick
Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union